

## Kein Büttel ohne Knüppel

VON JOSEF JOFFE

Zu den neuen Binsenwahrheiten gehört die vom sanften Weitschmerz getragene Klage: „Wir werden uns noch nach dem Kalten Krieg zurücksehnen.“ Die Ironie ist platt, die Diagnose leider richtig. Die bipolare Welt, die europäische zumal, war tatsächlich „in Ordnung“, weil alle Eisenspänchen im doppelten Magnetfeld fein säuberlich aufgereiht blieben, die Kräfte von außen allemal stärker waren als das Gewühl der Moleküle im Inneren.

Daraus folgten denn auch ebenso klare wie starre Regeln im Umgang der Staaten. Das „rollback“ des Kommunismus hat nur einen kurzen Auftritt auf der amerikanischen Wahlkampfbühne genossen, und Adenauers „Politik der Stärke“ kaschierte bloß die Hilflosigkeit angesichts der Machtrealitäten, die schon in der heißesten Phase des Kalten Krieges eine ganz andere Strategie diktierte: strikte Anerkennung der Besitzstände, die politische Einwirkung hört an der Grenze auf. Gerade die deutsche Ostpolitik von Bahr/Brandt bis Genscher/Kohl machte daraus ein heiliges Dogma: Wer immer zwischen Ostberlin und Moskau herrschte, mit dem wurde paktiert – gemäß der nachgerade psychiatrisch anmutenden Devise, daß nur Regime, die sich sicher und akzeptiert fühlten, zum normalen Umgang fähig seien. Den Höhepunkt dieser Nichteinmischungspolitik durfte man im Jahre 1987 erleben, als der heute polizeilich gesuchte Honecker mit größtem Gepränge in Bonn empfangen wurde.

Dies soll anders werden. Zumal der deutsche Außenminister macht sich stark für eine Politik, die zumindest an den Rändern mit jenen geheiligten Regeln des zwischenstaatlichen Verkehrs brechen soll, die im 15. Jahrhundert geboren wurden. Damals wurde es den italienischen Kleinstaat-Potentaten klar, daß man einander lieber nicht hinterrücks meucheln sollte. Das schafft Nachahmungstäter und reduziert den Kreis der diplomatischen Ansprechpartner. Von diesen Einsichten lebt das Völkerrecht noch heute: Souveränität wird respektiert, Nichteinmischung ist Gesetz.

Auf der KSZE-Konferenz in Moskau hat Genscher vorweg den Begriff der „Nichteinmischung“ uminterpretiert: Keine unerlaubte Intervention sei es, wenn ein Staat seine KSZE-Verpflichtungen bricht und die anderen die Einhaltung einfordern. Menschenrechtsverächter sollen ihrerseits geächtet werden. Das dürfen – sollen – die anderen ohne deren Einverständnis tun – bis hin zu Sanktionen. Fazit: Die absolute Souveränität wird zur bedingten Souveränität; das Kriterium ist das innere Wohlverhalten im Sinne der Pariser KSZE-Charta, die den Staaten die Pflicht auferlegt, Demokratie und Minderheitenrechte zu wahren.

Der moralische und politische Impuls ist vernünftig. Vor unseren Augen werden nicht nur Kroaten, wird auch ihr Staat gemordet. Ebensoviele Sinn ergibt, wenn auch nicht artikuliert, die politische Prä-

misse. Ob Irak oder Serbien: Es zeigt sich, daß die größte Gefahr für den Frieden von den inneren Zuständen eines Landes ausgeht. Tatsächlich wird man in der modernen Geschichte kein Beispiel dafür finden, daß zwei Demokratien übereinander herfielen. Die großen und kleinen Kriege des 20. Jahrhunderts fanden unter den Autoritären/Totalitären statt oder zwischen diesen und den Demokratien. Rousseau, Kant und Schumpeter haben erklärt, warum Demokratien bzw. Republiken grundsätzlich dem Frieden frönen, aber die Statistik spricht so oder so für sich selbst. Daraus möge man folgern: Je mehr Demokratie, desto mehr Frieden, woraus sich wiederum im Sinne der Charta von Paris ableiten ließe: Friedenspolitik ist Demokratisierungspolitik.

So weit, so gut. Nur ist Politik immer eine Sache der Mittel und der Gewinn-Risiko-Kalkulation. Bevor sich KSZE-Europa (da sind auch die USA und Kanada mit dabei) zur demokratischen Bürgerwehr zusammenzutut, möge es folgendes bedenken: Wer den Büttel spielen will, braucht auch einen Knüppel. Den hat Europa nicht, den will es auch nicht schwingen. In letzter Konsequenz – machen wir uns nichts vor – müßte Europa gegen Serbien in den Krieg ziehen, so wie die Kuwait-Koalition gegen Saddam. Nur weiß jeder, wie der letzte Krieg gegen Serbien ausging: mit dem Gemetzel aller gegen alle von 1914 bis 1918.

Diesselts der Gewalt fehlt Europa eine noch wichtigere Voraussetzung: der Konsens. Jegliche Bürgerwehr kann erst handeln, wenn alle demselben Interesse gehorchen: daß *dieser* Übeltäter hier und jetzt gestoppt werden muß. Freilich wäre es ein unvorstellbarer Zufall der Geschichte gewesen, wenn der Wegfall des bipolaren Magnetfeldes nur im Osten die Eisenspäne durcheinandergewirbelt hätte. Tatsächlich aber hat der Balkankrieg auch uralte Muster im Westen freigelegt. Deutsche und Österreicher werfen sich zu „Schutzmächten“ von Kroaten und Slowenen auf; Engländer und Franzosen wittern deutsche Expansionsgelüste im Südosten. Überhaupt: Wie will die KSZE 37 Mitglieder gegen das 38. zusammenschirren? Ein Großmächtekartell à la UNO-Sicherheitsrat im Euro-Maßstab? Dann möge man nachforschen, wie oft die UNO-Fünf mit einer Stimme votiert haben.

Und wie würde die KSZE votieren, wenn nicht das kleine Serbien, sondern das große Rußland, das noch einige Minderheiten- und Demokratieprobleme zu lösen hat, auf der Sünderbank säße? Oder wenn die Bretonen und Katalanen Paris und Madrid vor den Kadi riefen? All diese Kautelen sollen natürlich nicht zum Gebot des Wegschauens gerinnen. Sie sollen nur den großen Entwurf, der die Geschichte und den Egoismus der Staaten zu überwinden sucht, an den Realitäten messen, die jetzt allenthalben wieder ihr häßliches Gesicht zeigen.

p d g